



Roma-Treffen 2012

Netzwerk für Dialog und Courage
c/o Kulturzentrum Pavillon, Lister Meile 4, D 30161 Hannover

Humanitäres Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge jetzt Erklärung des Roma-Treffens Hannover 2012 (26.02.2012)

Die TeilnehmerInnen des Roma-Treffens Hannover 2012 kritisieren die Herzlosigkeit der zwangsweisen Abschiebungen von Angehörigen der Roma-Minderheiten (Roma, Ashkali, Ägypter – im folgenden: Roma) durch die Ausländerbehörden von Bund und Ländern sowie deren herbeigeführte „freiwillige Rückkehr“. Der flüchtlingspolitisch aufgeklärte Teil der Bevölkerung in Europa hat längst verstanden: Eine Rückkehr in Sicherheit und Würde von Angehörigen der Roma in die Länder des ehemaligen Jugoslawien, insbesondere nach Kosovo, ist auf absehbare Zeit nicht möglich. Deshalb appelliert das Roma-Treffen 2012 erneut an die Innenminister und die Regierungen von Bund und Ländern:

Roma-Flüchtlinge brauchen dauerhaften Schutz vor Bedrohung und Verfolgung, den es weiterhin nur mit einem sicheren Aufenthalt in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten gibt.

Zoni Weisz (73): „Es kann und darf nicht sein, dass ein Volk, das durch die Jahrhunderte hindurch diskriminiert und verfolgt worden ist, heute im einundzwanzigsten Jahrhundert, immer noch ausgeschlossen und jeder ehrlichen Chance auf eine bessere Zukunft beraubt wird“, erklärte Zoni Weisz am Internationalen Holocaust-Tag, dem 27. Januar, im Bundestag. Er war als erster Sprecher der Roma und Sinti in der Nachkriegsgeschichte für eine Rede zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus eingeladen worden. Diese Erinnerungsarbeit ist wesentlich für die Zukunft, denn In mehreren Ländern Ost- und West-Europas kommt es heute zu Diskriminierung, rassistischen Angriffen und einer Missachtung elementarer Menschenrechte der Roma und Sinti, der größten Minderheit Europas.

In der „HANNOVER-ERKLÄRUNG GEGEN ANTIZIGANISMUS“, einer gemeinsamen Erklärung von Organisationen der Roma und Sinti und der Jüdischen Gemeinde in Niedersachsen am 9. November 2011 zum Gedenken an die Pogromnacht 1938, heißt es:

„Als Juden, als Sinti und Roma, als Angehörige einer nationalen Minderheit, aber auch als Europäer sind wir sehr besorgt über das Anwachsen des Rassismus in der Mitte unserer Gesellschaft. Der verstärkte Antisemitismus und Antiziganismus in den europäischen Staaten, auch in Niedersachsen, sollte alle aufgeklärten Menschen beunruhigen. Es kann und darf nicht sein, dass unsere Minderheiten, Jahrhunderte hindurch verfolgt, heute, im 21. Jahrhundert, immer noch ausgeschlossen sind und keine Chance auf eine bessere Zukunft erhalten.“

Wir wollen gemeinsam mit allen demokratisch und aufgeklärt denkenden Menschen in Niedersachsen und Europa zusammenarbeiten, um rassistischem Gedankengut entgegenzutreten. Wir dürfen es niemals zulassen, dass Antisemitismus und Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zum Alltag des heutigen Europa wird.“

Keine Abschiebungen von Roma-Flüchtlingsfamilien in die Länder des ehemaligen Jugoslawien, insbesondere nach Kosovo

Mit einer humanitären Flüchtlingspolitik, einer Aufenthaltsregelung und Arbeitserlaubnis, die dem langjährigen Aufenthalt entspricht, könnten viele Flüchtlingsfamilien hier bleiben und einen positiven Beitrag zur Zukunft Niedersachsens leisten! Damit würden alle besser leben, insbesondere die Roma-Flüchtlingsfamilien, die oft weit mehr als 6 oder 8 Jahren hier leben, mit Kettenduldungen ihre Existenz fristen müssen – statt aktiv ihre Lebensperspektiven zu gestalten und engagiert an der Zivilgesellschaft in Deutschland teilzuhaben.

Viele Roma-Familien, die aus dem Kosovo und anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawien nach Niedersachsen und in andere Bundesländer geflüchtet sind, gehören längst zu ihrem Ort oder Stadtteil, als Nachbarn, Bekannte, Freunde.

Wir protestieren gemeinsam gegen die Ausgrenzung und Diskriminierung, der Roma-Flüchtlinge ausgesetzt sind, die vor Bedrohung und Verfolgung in Deutschland Schutz suchen, und gegen ihre Deportation nach Kosovo oder in andere Länder des ehemaligen Jugoslawien.

Gebt den Roma-Flüchtlingen endlich ein Bleiberecht!

Tausende Roma-Flüchtlinge aus Osteuropa, insbesondere aus dem Kosovo und anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawien, werden von den zuständigen Innenministerien seit vielen Jahren zu einem Leben in Unsicherheit und Angst gezwungen, ohne Bewegungsfreiheit, ohne einen festen Aufenthaltstitel, ohne Arbeitserlaubnis, ohne Aussicht auf Ausbildung und Fortbildung, ohne Perspektive für die Kinder, Jugendlichen und Familien, ohne Hoffnung für die Alten und Kranken.

Gegen solche skandalöse Innenpolitik erheben viele Flüchtlinge, ihre Selbstorganisationen und Partner - darunter die großen Hilfswerke der Evangelischen und Katholischen Kirche, das Diakonische Werk und Caritas, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen wie die Gesellschaft für bedrohte Völker und Pro Asyl, Organisationen wie Aktion Sühnezeichen und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), sachkundige Politiker wie Schwarz-Schilling (CDU), Jugendinitiativen wie „Jugendliche ohne Grenzen“ und unzählige Kirchengemeinden, Sportvereine, Schulen und Einzelpersonen – ihre Stimme:

- **Für ein neues Bleiberecht!**
- **Alle bleiben!**
- **Beschützen Sie unsere Flüchtlingskinder!**
- **Solidarität mit Alten, Kranken und Schutzbedürftigen!**

Alle Bundesländer verfolgen weiterhin die inhumane Praxis einer kontinuierlichen Abschiebung von Roma-Familien in die unwirtliche Situation des Kosovo und anderer Länder des ehemaligen Jugoslawien. Die zeitweise Aussetzung von Abschiebungen im Winter 2011 und in diesem Winter 2012, der den stärksten Kälteeinbruch im Kosovo seit 30 Jahren gebracht hat, zeigt jedoch, dass eine Bewertung der Lage im Kosovo auch zugunsten der Roma-Flüchtlinge möglich ist.

Niedersachsen in den Kosovo?

Der Innenausschuss des Niedersächsischen Landtags will eine Delegation in den Kosovo entsenden, um sich vor Ort über die Situation der abgeschobenen Roma und anderer Minderheitenangehörigen zu informieren. Nach einer vergleichbaren Delegationsreise im November 2009 erwarten alle BeobachterInnen, dass bei dem bevorstehenden Besuch die schwerwiegenden Probleme von Flüchtlingen, die nach Kosovo abgeschoben wurden – insbesondere Angehörige der Roma-Minderheit, von der Delegation zur Kenntnis genommen werden. Die GfbV weist auf folgende Aspekte besonders hin:

Die angespannte Sicherheitslage, die Versorgungslage im Winter, die ungeklärten Besitzverhältnisse an Grund und Boden, die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die Angehörigen der Minderheiten, das Problem der Registrierung der ankommenden Flüchtlinge, die Zuständigkeit der Wiedereingliederungsprojekte (URA 2), die medizinische Versorgung der Roma, die Situation im Bildungswesen sowie der Zugang zur medizinischen Versorgung (GfbV an den Innenausschuss des Niedersächsischen Landtags, 23.02.12).

Roma-Flüchtlinge und ihre Partner erheben ihre Stimme – sie sollen nicht weiter unbeachtet bleiben!

Nach Berichten der OECD und unabhängiger Organisationen haben abgeschobene Roma im Kosovo und anderen Ländern des ehemaligen Jugoslawien keine Lebensperspektive, keinen Anspruch auf soziale Unterstützung, keine Aussichten auf Arbeit und ein eigenes Auskommen, keine Chance auf notwendige medizinische Versorgung. Angesichts der inhumanen Abschiebungs-Praxis fordern wir deshalb:

Bleiberecht für Roma-Flüchtlinge sofort!

„Wir müssen auch weiterhin die Botschaft des friedlichen Miteinanders verkünden und an einer besseren Welt bauen – damit unsere Kinder in Frieden und Sicherheit leben können“ (Zoni Weisz, Berlin, 27.01.2011)

- Die Roma-Treffen, 2008 von Romane Aglonipe e.V. (Roma in Niedersachsen) und Freunden als Forum für Austausch, Lobbyarbeit und Aktionen initiiert, arbeiten - unabhängig und parteiübergreifend - als Netzwerk für Roma-Organisationen und zivilgesellschaftliche Kooperationspartner aus mehreren Bundesländern.
- In den Roma-Treffen wirken u.a. mit: Romane Aglonipe (Hannover), Projekt Roma (Göttingen), Roma-Initiativen (Hildesheim, Nordhorn, Bremen), Kinder-Kinder (Lüchow), Rroma-Lehrer (Niedersachsen), Romano Drom (Magdeburg/Sachsen-Anhalt), Rroma Aether Klub Theater (Berlin)